

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(17. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgeleg-
ten Vorschlag der Kommission der EWG für eine Verordnung
des Rats zur Abänderung der Verordnung Nr. 14/64/EWG be-
treffend die von dem Großherzogtum Luxemburg gewährte
Beihilfe auf dem Rindfleischsektor

— Drucksache V/1523 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Effertz

Der vorliegende Vorschlag der EWG-Kommission wurde mit Schreiben des Herrn Präsidenten vom 9. März 1967 an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

In seiner Sitzung am 15. März 1967 nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß Artikel 14 der Verordnung Nr. 14/64/EWG vorsieht, daß das Großherzogtum Luxemburg bis zum 31. März 1967 ermächtigt ist, auf einer bestimmten Handelsstufe eine Beihilfe zu gewähren, die dazu bestimmt ist, den Verkaufspreis der im Artikel 1 genannten Erzeugnisse für die Verbraucher zu senken. Bedingung ist, daß diese Beihilfe ohne Rücksicht auf die Herkunft der Erzeugnisse gewährt wird.

Das Großherzogtum Luxemburg hat von der ihm vom Rat eingeräumten Ermächtigung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gebrauch gemacht, und die Kommission schlägt nun vor, diese Ermächtigung bis zum 31. März 1968 zu verlängern.

Der Ernährungsausschuß erhob gegen die Verordnung keine Bedenken und stimmte ihr zu, um damit die Anstrengungen der luxemburgischen Regierung für eine Preisstabilisierung zu unterstützen.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bitte ich das Hohe Haus, dem Ausschußantrag zuzustimmen.

Bonn, den 15. März 1967

Dr. Effertz
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Vorschlag der Kommission der EWG — Drucksache V/1523 — zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 15. März 1967

**Der Ausschuß für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Bauknecht	Dr. Effertz
Vorsitzender	Berichterstatler

angenommen in der 99. Sitzung am 16. März 1967